

Interpellation Catherine Weber, Nathalie Imboden (GB): Lehrstellen-Notstand auch 2004: Was kann die Stadt Bern tun?

Im Postulatsbericht auf unser Dringliches Postulat vom 20. März 2003 (Antwort des Gemeinderats vom 28. Mai 2003, im Stadtrat überwiesen am 19. Juni 2003) erklärte sich der Gemeinderat bereit, auch für 2004 Massnahmen für die zusätzliche Schaffung von Lehrstellen zu ergreifen.

Laut Artikel im „Bund“ vom 8. Mai 2004 wird sich die Situation in den kommenden Jahren noch verschärfen, so dass der Schaffung von zusätzlichen Lehrstellen, Überbrückungspraktika u.a.m. nach wie vor hohe Priorität zukommen muss. Sowohl der Kanton als auch die Wirtschaft haben dies offensichtlich erkannt, die städtische Verwaltung als vielfältige Arbeitgeberin ist aber ebenso erneut gefordert.

Gestützt auf den oben erwähnten Postulatsbericht und auf die aktuelle Situation fragen wir daher den Gemeinderat:

1. Wie viele Lehrstellen insgesamt (neue ab 2004 und bereits früher begonnene) kann die Stadt ab August 2004 anbieten und in welchen Bereichen?
2. Wie viele Lehrstellen insgesamt (neue ab 2004 und bereits früher begonnene) bieten die von der Stadt subventionierten Betriebe an und in welchen Bereichen? Und: Sind allenfalls zusätzliche Lehrstellen, Praktikumsstellen oder Schnupperlehrwochen möglich?
3. Wie kann das städtische Wirtschaftsamt diesbezüglich vermehrt und nachhaltiger tätig werden? Gibt es diesbezüglich konkret definierte Aufgaben und Ziele?
4. Was haben die im Postulatsbericht erwähnten Interventionen der städtischen Lehrlingsbeauftragten bei den kantonalen Behörden erreicht?
5. Ist ein weiterer Ausbau der Angebote des BWB für 2004 geplant, wenn Nein, weshalb nicht, wenn Ja, in welchem Rahmen und in welchen Bereichen?
6. Bestehen Kontakte mit den lokalen Wirtschaftskreisen und welche Resultate sind bereits zu vermelden? Ist die Stadt im kantonalen Projekt mit den Wirtschaftsverbänden „Gemeinsam für mehr Lehrstellen“ involviert?

Bern, 13. Mai 2004

Interpellation Catherine Weber, Natalie Imboden (GB), Martina Dvoracek, Annemarie Sancar-Flückiger

Antwort des Gemeinderats

Zu Ziffer 1:

Übersicht über die Lehrstellen in den letzten zwei und die geplanten im neuen Lehrjahr (Volllehren, Anlehren, Vorlehren, KV-Praktika)

Berufsgruppen:	Lehrjahr 2002/3	Lehrjahr 2003/4	Lehrjahr 2004/5
Kaufmännische Berufe	26	28	27
Technische Berufe	13	13	13
Gewerbliche Berufe	28	29	27
Soziale Berufe	12	24	44
Total	79	94	111

Im Lehrjahr 2002/3 betrug die Anzahl Lehrstellen 79. Im Lehrjahr 2003/4 waren 94 Ausbildungsplätze zu verzeichnen. Dieser deutliche Anstieg ist zu erklären mit dem Neueintritt von 12 Kleinkindererziehenden. Da dieser Beruf bis 2002 nicht ein BBT-anerkannter Lehrberuf war und auch nicht von den Berufsbildungsbeauftragten betreut wurde, galten die Kleinkindererziehenden nicht als Lernende. Seit Einführung des neuen Ausbildungsgangs im Jahre 2002/3 jedoch gehören sie zur Kategorie der Lernenden.

Die andern Schwankungen in der Zahl der Ausbildungsplätze sind darauf zurückzuführen, dass ein Betrieb einmal jemanden mehr, einmal jemanden weniger einstellt oder Lernende während der Lehre aus anderen Betrieben aufgenommen werden. Eine neue Lehrstelle wurde von der PVT für eine Verkehrswegbauerin oder einen Verkehrswegbauer angeboten; zudem bot der Tierpark neue Ausbildungsplätze als Tierpflegerin oder als Tierpfleger an, wobei dieser Beruf im Tierpark als Zusatzlehre erlernt wird.

Für das Lehrjahr 2004/5 steht eine weitere Erhöhung der Lehrstellenzahl bevor, da noch ein letzter Jahrgang in die „neue“ Kleinkindererziehenden-Ausbildung eintritt – 20 neue Lernende werden ab August 2004 in den Kinderkrippen ihre Lehre antreten.

Die Abnahme bei den kaufmännischen Berufen ist durch die Aufhebung eines Ausbildungsplatzes (zu wenig geeignete Arbeit für Lernende) entstanden.

Ein neuer Lehrberuf wird aufs Lehrjahr 2005/6 mit der Betriebspraktikerin oder dem Betriebspraktiker geschaffen und in Zukunft von der Stadt als Lehre angeboten.

Schnupperlehren und Praktika in verschiedensten Berufen werden in grosser Zahl angeboten und sind hier nicht aufgeführt.

Die Betriebe bemühen sich um eine qualitativ hochstehende Ausbildung und eine gute Betreuung der Lernenden. Es ist eine Grundhaltung der Stadtverwaltung, dass Qualität vor Quantität steht (wenn jedoch irgendwie möglich, sind selbstverständlich zusätzliche Lehrstellen anzubieten). Nur somit kann sie den hohen Anforderungen in der Berufsbildung genügen. Einige Stadtbetriebe arbeiten im Verbund mit Betrieben in der Privatwirtschaft, um die Qualität und die Vielfalt der angebotenen Inhalte zu erhöhen.

Zu Ziffer 2:

Die Umfrage bei den subventionierten Institutionen (Rücklauf 60%) ergab, dass Lehr- und Praktikumsstellen angeboten werden. Alle Betriebe, die bereits in der Grundbildung aktiv sind, bieten auch die Möglichkeit zum Schnuppern für die spätere Berufsfindung. Insbesondere fällt auf, dass im Bereich Soziales ein erheblicher Anteil an Ausbildungsplätzen für Kleinkinderzieher/innen besteht. Die Erhebung zeigt aber auch auf, dass das erforderliche Potenzial für die Schaffung weiterer Lehr- und Praktikumsstellen nur punktuell vorhanden ist. Die für die Zukunft geplante Erhöhung beträgt rund 10%. Die Berufsbildungsbeauftragten versuchen im Sinne einer freiwilligen Dienstleistung, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und in Zusammenarbeit mit den in Frage kommenden Institutionen das Angebot an Ausbildungsplätzen zu erhöhen.

Zu Ziffer 4:

Artikel 54 und 55 des neuen Bundesgesetzes über die Berufsbildung, das am 1. Januar 2004 in Kraft gesetzt wurde umschreibt, für welche Projekte Beiträge gesprochen werden können. In der Praxis werden die vom Bund zur Verfügung gestellten Mittel via Kanton hauptsächlich für Lehrstellenförderung, Mentoring und Gründung von Ausbildungsverbänden eingesetzt.

Die Stadt Bern ist bestrebt, im Rahmen der Möglichkeiten alle Massnahmen zur Förderung von Lehrstellen zu ergreifen. Die Berufsbildungsbeauftragten prüfen regelmässig, ob in bestimmten Berufen das Angebot an Ausbildungsplätzen erhöht oder neue Lehrberufe angeboten werden können. Die Stadt Bern beschäftigt beispielsweise gestützt auf das Migrationsleitbild der Stadt Bern rund 5% Lernende mit ausländischer Abstammung und treibt die Schaffung von Anlernstellen zur Integration von Jugendlichen mit schulischen Defiziten vorwärts. Die Gleichstellung von Frau und Mann in der Berufsbildung ist selbstverständlich. Schliesslich werden in gewissen Berufen Lernende im Sinne einer Bereicherung der Grundbildung für bis zu einem halben Jahr in externe Institutionen, zum Teil auch private Unternehmungen platziert. Die Stadt Bern ist, wie die Beispiele aufzeigen, in allen vom Berufsbildungsgesetz explizit erwähnten Fördermassnahmen bereits seit Jahren sehr aktiv. Die finanziellen Mittel des Bundes sind hingegen dafür bestimmt, bisher inaktive Betriebe (dies sind rund 80% aller Betriebe) mit Ausbildungsverbänden usw. für die Lehrlingsausbildung zu motivieren. Für die Stadtverwaltung wurden aus diesem Grund keine finanziellen Mittel gesprochen.

Zu Ziffer 5:

Auf Januar 2004 hat der Bereich Arbeit die Kapazitäten in den Jugendangeboten (Motivationssemester [to do]) gegenüber 2003 (Januar-Juli: 40; August-Dezember 2003 46 Jahresplätze) auf 50 Jahresplätze erhöht. In den ersten Monaten 2004 mussten die Regionalen Arbeitsvermittlungen (RAV) mangels Plätzen eine Warteliste bilden. Der Bereich Arbeit hat umgehend reagiert und Ende März im Westen von Bern (Gäbelbach) eine to do-Filiale eröffnet; dank dieser Massnahme und der teilweise massiven Überbuchung des durch die Berner Wirtschaft (beco) bestellten Platzangebotes konnte die Warteliste abgebaut werden.

Im Zusammenhang mit den Ergebnissen der kantonalen Schulaustretenden-Befragung vom Juli 2004 hat der Bereich Arbeit beim beco eine Nachbestellung für das Motivationssemester (to do) erwirken können: Ab September 2004 werden die bisher 50 Jahresplätze auf neu 60 Jahresplätze aufgestockt; dies bedeutet gegenüber 2003 eine Erhöhung des Platzangebotes um 50 Prozent.

Die Verantwortung für die Bereitstellung und Koordination von Massnahmen zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit liegt zwingend beim Kanton (ERZ, VOL, GEF); der Bereich Arbeit hat dem Kanton seine Bereitschaft zugesichert, auf Anfrage bestehende Angebote weiter auszubauen oder neue Massnahmen einzuführen.

Im Bereich der Massnahmen für sozialhilfeberechtigte junge Erwachsene vermag das Gartenprojekt im Marzili mit 12 Jahresplätzen den Bedarf des Sozialdienstes für diejenigen Personen zu decken (keine Warteliste), welche den Anforderungen eines klassischen to do-Angebotes (Zielsetzung: Übertritt in Sekundarstufe 2) zu genügen vermögen.

Grosser Bedarf besteht jedoch an noch niederschwelligeren Programmplätzen im Sinne einer Vorstufe für die berufsvorbereitenden Angebote; Zielsetzung dieser Massnahmen ist die Bearbeitung und deutliche Verbesserung der personalen und sozialen Kompetenzen durch den Einsatz sozialpädagogischer Methoden. Ein entsprechendes Angebot ist gegenwärtig in Planung und soll gegen Jahresende in Betrieb genommen werden.

Die Hauptzielsetzung im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit muss lauten, allen Jugendlichen im Anschluss an die obligatorische Schulzeit eine Anschluss- resp. Übergangslösung anbie-

ten zu können; diese Zielsetzung kann nur in enger Zusammenarbeit mit den dafür zuständigen kantonalen Behörden erreicht werden.

Mit dem zunehmenden Auseinanderklaffen von Lehrstellenangebot und Nachfrage (sowohl qualitativ als auch quantitativ) sowie mit den zunehmenden Schwierigkeiten der Lehrabgängerinnen und -abgänger, im Anschluss an die Ausbildung eine Arbeitsstelle zu finden, stehen wir jedoch mittel- und längerfristig vor weitaus grundsätzlicheren Bildungs- und Arbeitsmarktfragen. Diese Fragen stellen sich vor dem Hintergrund nicht bloss konjunkturell sondern strukturell bedingter Engpässe. Zur Bearbeitung dieser Problematik ist eine überdirektional zusammengesetzte Projektorganisation einzusetzen.

Zu Ziffer 6:

Die Berufsbildungsbeauftragten sind in engem Kontakt mit anderen Verwaltungen respektive dem Verband öffentliche Verwaltung für die KV-Ausbildung. Unter den Verwaltungen finden immer wieder gegenseitige Hilfestellungen statt, so können z.B. die Kaufleute der Stadtverwaltung während einiger Monate in externen Gemeinden einen Teil ihrer Ausbildung absolvieren. Über diese Kontakte hinaus laufen die Kontakte mit Wirtschaftsverbänden über das Wirtschaftsamt. Die zeitlichen Ressourcen der Berufsbildungsbeauftragten sind begrenzt und es wird viel Zeit in die interne Ausbildung und Weiterbildung von Lernenden und Auszubildenden gesteckt.

Im kantonalen Projekt mit den Wirtschaftsverbänden "Gemeinsam für mehr Lehrstellen" ist die Wirtschaftsförderung Region Bern nicht involviert und das Projekt wurde von den Berufsbildungsbeauftragten nicht berücksichtigt, weil die Stadt in der Lehrstellenförderung sehr aktiv ist.

Bern, 1. September 2004

Der Gemeinderat